

Bundeswehr

Zurück zur Wehrpflicht?

Während die Bundeswehr nach der Reform der Schuldenbremse und dem angestrebten Fünf-Prozent-Ziel der NATO künftig mit erheblich größeren finanziellen Spielräumen rechnen kann, bleibt die angespannte Personallage mit zur Zeit 182.000 aktiven Soldat:innen eine Schwachstelle der deutschen Verteidigungsfähigkeit. Im vergangenen Jahr waren rund 20 % aller Dienstposten unbesetzt, bei den Mannschaften, der untersten Laufbahngruppe, sogar 28 %. Die im Rahmen der Zeitenwende angestrebte Erhöhung der Truppenstärke auf 203.000 bis 2031 erscheint bereits unter den jetzigen Bedingungen als sehr ambitioniert, die perspektivisch von der NATO erwartete Zielgröße von 260.000 Soldat:innen ohne grundlegende Reformen in der Personalrekrutierung kaum erreichbar.

Vor diesem Hintergrund gewinnen Überlegungen zu einem Wehrdienst an Aktualität und erfahren durch die Initiative des Verteidigungsministers, ab Frühjahr 2026 ein neues Modell mit jährlich zehntausenden Freiwilligen einzuführen, neuen Auftrieb. Sollten die erhofften Personalzuwächse durch dieses freiwillige Dienstmodell jedoch ausbleiben, dürfte eine Rückkehr zur 2011 ausgesetzten Wehrpflicht unausweichlich werden. Eine solche erzwungene Erhöhung von Truppenstärke und Reservistenanzahl ist jedoch kein „free lunch“.

Für den Staat ginge die Wiedereinführung der Wehrpflicht mit erheblichen finanziellen Aufwendungen einher, insbesondere für die Ertüchtigung bestehender und den Bau neuer Infrastruktur und Kasernen (von denen die Bundeswehr heute 130 weniger hat als in 2011), die Schaffung zusätzlicher Verwaltungskapazitäten sowie die Entlohnung der Wehrpflichtigen, auch wenn deren Wehrgeld voraussichtlich eher gering ausfiele. Hinzu kämen direkte Kosten für deren Ausrüstung und Versorgung sowie indirekte Kosten für ihre Ausbildung durch den Einsatz von Berufssoldat:innen, die der Truppe damit für andere Aufgaben entzogen würden. Zweifellos fielen Teile dieser Kosten auch bei einer Truppenerhöhung im Rahmen eines freiwilligen Modells an. Aufgrund der begrenzten Dienstzeit von Wehrpflichtigen stellt sich jedoch die Frage, wie effizient Investitionen in deren Ausbildung wären. Bei einer Berufsarmee wird langfristig qualifiziertes Personal ausgebildet, müsste aber auch

durch einen im Vergleich zu heute höheren Sold entlohnt werden, um den Dienst ausreichend attraktiv zu gestalten. Insgesamt dürfte der staatliche Kostenaufwand zur Truppensteigerung so oder so beträchtlich sein.

Deutlich ungünstiger fällt die Kostenbilanz der Wehrpflicht aus Sicht der Betroffenen aus, bei denen es sich ohne Grundgesetzänderung nur um Männer handeln würde. Um die Dauer des Wehrdienstes wären ihr Einstieg in Ausbildung oder Studium verzögert bzw. ihre berufliche Laufbahn unterbrochen. Der Wehrdienst führte zudem zu einer Verkürzung des regulären Erwerbslebens, was wiederum eine Reduktion des Lebenseinkommens aus Erwerbsarbeit und gesetzlicher Rente zur Folge hätte. Hinzu käme, dass die Höhe des Wehrgelds unterhalb eines für die Wehrpflichtigen am Markt erzielbaren Einkommens liegen könnte, so dass ihre Konsum- und Sparmöglichkeiten durch die Wehrpflicht verschlechtert würden. Wenig überraschend beurteilen junge Menschen in Deutschland eine Rückkehr zur Wehrpflicht daher negativ.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre auch mit erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden. Wehrpflichtige stünden dem ohnehin schon unter einem Fachkräftemangel leidenden regulären Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, so dass es zu einem Rückgang des Arbeitskräfteangebots käme. Zudem verzögerte sich der Eintritt in produktive Erwerbsphasen, was die effektive Nutzung des Humankapitals einschränken und das volkswirtschaftliche Wertschöpfungspotenzial mindern würde. Prognosen zufolge könnte die Wehrpflicht die Wirtschaftsleistung nahezu doppelt so stark verringern wie ein Ausbau der Truppe durch Freiwillige.

All diesen Kosten stünden aber auch mögliche Vorteile einer Wehrpflicht gegenüber, die jedoch eher im gesellschaftlichen Bereich zu verorten wären. Dazu zählte zum einen eine stärkere Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung im Sinne des Leitbilds vom „Staatsbürger in Uniform“, und zum anderen ein möglicher gesellschaftlicher Mentalitätswandel hin zu mehr Wehrbereitschaft. Diese scheint in anderen Ländern größer zu sein. So ließ ein Appell des französischen Staatspräsidenten im März – „La patrie a besoin de vous, de votre engagement“ (Das Vaterland braucht Sie, Ihren Einsatz) – die Zahl der Freiwilligen im französischen Militär im Vergleich zum Vorjahr bereits zur Jahresmitte auf das Siebenfache steigen. Von einer vergleichbaren Resonanz ist Deutschland bislang weit entfernt.

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Tim Lohse

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin,
Berlin Centre for Empirical Economics